

Ruswil: Erster Vortrags- und Diskussionsabend in der Reihe «Prävention Gesundheit»

Ein Lob auf die Entzündung

Hausarzt Dr. Mario Beck sprach am Montagabend im Pfarreiheim vor 150 Zuhörerinnen und Zuhörern kompetent und auch humorvoll über «Alltagsbeschwerden und Alltagsgesundheit».

Josef Stimmann-Maurer

Schmerz, Wärme, Rötung, Schwellung und Funktionsverlust: Das alles gehört zu einer Entzündung, und alles ist unangenehm, macht uns krank, hemmt unsere Tätigkeiten. Trotzdem: Unabhängig von der Ursache – Bakterien, Viren, Quetschung, Überlastung, Allergie – gilt: Die Entzündung ist eine Voraussetzung zur Heilung. Mit einer «Grossbaustelle an unserem Körper» verglich Mario Beck die Entzündung: Es wird gegraben, gehämmert, gebohrt, aber auch aufgebaut, verputzt, übermalt, und am Schluss ist alles wieder tiptop.

Wir sind nicht gemacht, um über 50 Jahre alt zu werden

Am Anfang seiner Ausführungen zum Thema «Alltagsbeschwerden und Alltagsgesundheit» erinnerte Mario Beck daran, dass in den Ländern der westlichen Zivilisation die Lebenserwartung und die Gesundheit der Menschen in den letzten Jahrzehnten stark angestiegen sind, und zwar dank den Fortschritten der Medizin und den verbesserten Lebensumständen. Die Kindersterblichkeit sank allein in den letzten 50 Jahren auf einen Viertel, die Lebenserwartung stieg um über zehn Jahre auf gut 80 Jahre. Aber: «Wir sind eigentlich nicht gemacht, um über 50 Jahre alt zu werden», sprach Mario Beck Klartext. Das heisst: Krankheiten, die hauptsächlich im Alter auftreten, wie Herz-Kreislauf-Krankheiten und Krebs, sind mit zunehmender Lebenserwartung logischerweise häufiger geworden. Die Blutgefässe werden im Alter immer enger und unelastischer, die Verstopfungsfähigkeit durch ein Gerinnsel grösser, und wenn dies am Herz passiert, erleiden wir einen Herzinfarkt. Nebst dem Alter sind aber familiäre Veranlagung, Bluthochdruck, Rauchen, Di-



Der Referent Mario Beck erläutert während der Vortragspause ein Hausrezept zur Flüssigkeitstherapie bei Durchfall.

Foto Josef Stimmann-Maurer

abetes und hohes Cholesterin weitere Risikofaktoren. Sie lassen sich teilweise beeinflussen durch Bewegung, Vermeidung von Übergewicht, ausgewogene Ernährung und Stressvermeidung.

Checks und Screenings: Sinnvoll?

Und das Krebsrisiko? Lässt sich dieses auch beeinflussen? Allgemein gilt zwar: Je früher erkannt, desto grösser die Heilungschancen – das würde für ausgedehnte Vorsorge- («Screening»)-Untersuchungen sprechen. Aber: «Ich will durch Checks und Screening-Untersuchungen nur das finden, was ich nachher auch wirksam bekämpfen kann», sagt Mario Beck. Das gilt zum Beispiel für Dickdarmkrebs: «Hier ist eine Darmspiegelung ab 50 Jahren sinnvoll, weil dabei die Polypen, also Krebsvorstufen, gleich entfernt werden. Sind keine vorhanden, kann man meistens darauf verzichten, die Untersuchung später zu wiederholen.» Und beim Brustkrebs-Screening durch Mammografie, das heisst Rönt-

gen? «Bewiesen ist, dass durch Screening-Programme die Sterblichkeit durch Brustkrebs leicht gesenkt werden kann, doch bewirken sie auch etliche Zusatzuntersuchungen und sogar Operationen, die sich nachträglich als unnötig erweisen.» Ein eher schlechtes Screening ist die Bestimmung des prostataspezifischen Antigens (PSA) im Blut als Prostatakrebs-Vorsorge: «Nur in Verbindung mit weiteren Abklärungen, zum Beispiel Abtasten mit dem Finger, hat dieser Wert eine gewisse Aussagekraft.»

Unterscheidung Bakterien/Viren

Bei den Infektionen legt Mario Beck Wert auf eine klare Unterscheidung: «Bakterien verursachen zum Beispiel Lungenentzündungen, Mittelohrentzündungen, Blasenentzündungen oder Scharlach. Hier ist eine Behandlung mit Antibiotika meist sinnvoll und hoch wirksam. Viren dagegen verursachen zum Beispiel Grippe, Bronchitis, Schnupfen, Spitze Blatern. Antibiotika nützen hier nichts, doch unser Immunsystem bekämpft die Viren

meistens problemlos. Helfen kann man mit pflegenden und lindernden Massnahmen, zum Beispiel mit Kräutern in Form von Tee oder Inhalation, und vor allem: mit viel Geduld.» Und wichtig: Gegen viele Infektionskrankheiten gibt es Impfungen, «das wichtigste Präventionsinstrument überhaupt, das es gibt», sagt Mario Beck. Er verweist auf die anerkannten Impfempfehlungen, ergänzt jedoch: «Es gibt Krankheiten, die durch Impfungen weltweit oder in vielen Ländern ausgerotet werden konnten, zum Beispiel die Pocken oder die Kinderlähmung oder die Masern. Es gibt aber auch Impfungen, deren Wirkung zwar bewiesen, aber unsicher ist, zum Beispiel die Grippeimpfung.»

In der ausgedehnten Vortragspause zeigten Fachleute der Spitex, des Alterswohnzentrums, der Unimedica-Praxis und der Rottal-Drogerie allerlei zum Thema «Lindern/Pflegen».

Weitere Veranstaltungen: 4. Juni («Erhalt der Muskulatur – ein Schlüssel zu mehr Gesundheit») und 6. November 2018.

Gedanken einer Kantonspolitikerin

«Finanzen endlich ins Gleichgewicht bringen»



Vor einiger Zeit hat der Alt-Kantonsrat und ehemalige Kantonsratspräsident Franz Wüest aus Ettswil sein Büro aufgeräumt und dabei alte Unterlagen zu den finanziellen Herausforderungen des Kantons Luzern im Jahr 2001 gefunden. Statt diese zu entsorgen, hat er mir sie zugestellt. Mit grossem Interesse habe ich diese gelesen und festgestellt: was damals galt, gilt auch heute! Da steht: «keine neuen Schulden», «ausgeglichene Rechnung», «partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Gemeinden», etc. Finanzpolitik scheint so einfach zu sein, und doch gelingt es dem Kanton Luzern nicht aus den Schlagzeilen zu kommen. Ein Sparpaket jagt das nächste, die Schuldenbremse wird geöffnet, Steuerthemen haben bei Abstimmungen keine Chance.

Aus diesem Grund hat sich die CVP intensiv mit der Situation auseinandergesetzt. Wir wollen mit einem Vorstosspaket «Luzern 2021», welches Sparmassnahmen und Mehreinnahmen beinhaltet, den Kantonshaushalt wieder ins Gleichgewicht bringen. Sparpotential sehen wir beim Strassenbau, im Gesundheitswesen und im Rahmen des Abbaus unnötiger Bürokratie und Leis-

tungen der Verwaltung ohne Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger. Durch eine massvolle Justierung der Steuerstrategie unter Beteiligung aller, soll der Kanton zudem mehr Geld erhalten.

Ich bin überzeugt, dass die Luzerner Steuerstrategie richtig ist und im Grundsatz fortgeführt werden muss. Die Luzerner Bevölkerung hat diese schon mehrmals an der Urne bestätigt. Tatsächlich hat Luzern bei der Wirtschaftskraft denn auch deutlich zugelegt.

Aufgrund der Mechanismen des nationalen Finanzausgleiches (NFA) verliert der Kanton aber deutlich mehr Mittel vom Bund, als er zusätzlich an Steuern einnimmt. Er muss also nebst den ordentlichen Kostensteigerungen in seinen Kernaufgaben zusätzlich massive Ausfälle aus dem NFA finanzieren. Ich bin überzeugt, dass diese Ausfälle nicht alleine durch weitere Sparmassnahmen aufgefangen werden können. In Respektierung des Volkswillens, der keine allgemeine Steuererhöhung will, sind wir aber aufgerufen, trotzdem weitere Sparmöglichkeiten zu suchen.

Weitere Sparmassnahmen sind nötig

Das Sparpotential im Gesundheitswesen, beim Strassenbau sowie in der Verwaltung gesamthaft, ist besser auszuschöpfen. So kann gespart werden,

ohne dass die Bürgerinnen und Bürger in erheblichem Ausmass davon betroffen sind. So können beim Strassenbau namhaft Kosten eingespart werden, indem die Standards überprüft und den Gemeinden mehr Kompetenzen gegeben werden. Im Gesundheitswesen gibt es Sparpotenzial, indem inskünftig mit den Spitälern Globalbudgets festgelegt werden. Schliesslich soll in der Verwaltung ein Bürokratieabbau und eine Effizienzsteigerung stattfinden. Denn: Viele Leistungen im Aufsichts- und Kontrollwesen bringen der Bevölkerung keinen Mehrwert, binden aber verwaltungsmässig viele Mittel. Die Regierung soll zudem bei eidgenössischen Gesetzesvorlagen noch klarer und besser auf die kostentreibenden Auswirkungen von Bundesvorlagen hinweisen und inskünftig konsequent ein «Preisschild» verlangen.

Gesamtrevision des Steuergesetzes, statt Salamitaktik

Der Bund hat die Eckwerte der Steuerreform auf Bundesebene (SV17) bekannt gegeben. Dabei besteht die Gelegenheit, im Rahmen einer Anschlussgesetzgebung das Steuergesetz massvoll zu revidieren, um dadurch zu mehr Mitteln zu kommen. Dabei soll auch die Unternehmenssteuer kein Tabu bilden. Nur durch eine gesamthafte und ausgewogene Re-

vision des Steuergesetzes im Rahmen einer Anschlussgesetzgebung zur SV17 kann es gelingen, eine mehrheitsfähige, austarierte Lösung zu finden und so massvolle Mehreinnahmen für den Kanton zu erzielen.

Mit «Luzern 2021» die Kantonsfinanzen ins Gleichgewicht bringen

Ich bin überzeugt, dass es mit diesen Massnahmen – zusammen mit den von Regierung und Parlament bereits beschlossenen Massnahmen wie bspw. der Aufgaben- und Finanzreform 18 (AFR18) und der Organisationsentwicklung (OE17) – die nach wie vor bestehende Schere zwischen den Einnahmen und Ausgaben schliessen zu können. Die Kantonsfinanzen können damit ohne Abkehr von der Steuerstrategie – zu der ich nach wie vor stehe – mittelfristig wieder ins Lot gebracht werden. Somit bleibt Luzern auch weiterhin ein sowohl wirtschaftlich wie auch steuerlich attraktiver Kanton und sicherer sowie zuverlässiger Arbeitgeber.

Yvonne Hunkeler, Mitglied
Kantonsrat CVP, seit 2011,
Grosswangen

An dieser Stelle schreiben Kantonsrätinnen und Kantonsräte aus unserem Leserkreis zu einem frei gewählten Thema.

Lesermeinungen

Angstmacherei

Ich finde es bedenklich, wie gewisse Kreise wiederum schwarz malen und eine «Angstmacherei» betreiben. Mit Annahme der Initiative werden nämlich nur die Billag-Zwangsgebühren abgeschafft. Die jeder Haushalt und das Gewerbe, egal ob er das Angebot nutzt oder nicht, bezahlen muss. Bereits im Jahr 2015 beim Ja zum neuen Radio und Fernsehgesetz (RTVG) versprach man dem Bürger, man werde nun den Service Public neu definieren. Bis heute geschah in Bern leider nichts. Auch der Gegenvorschlag der SVP fand keine Mehrheit im Bundesparlament. Grundsätzlich bietet das SRF ja ein gutes Fernseh- und Radioprogramm an. Deshalb wird das SRF mit einem freiwilligen Abo-Angebot sowie Werbeeinnahmen auch künftig bestehen können. Vermutlich nicht mehr in diesem Ausmass und in dem Format wie heute. Für kleine und regionale Radio- und Fernsehsender würden die Marktchancen dadurch aber erheblich verbessert – mehr Medien- und Meinungsvielfalt wäre das Resultat.

Von mir aus darf und muss sich die SRG neu ausrichten. Die SRG ist heute ein riesiger Staatsmoloch und ist definitiv nicht ausgewogen. Seien wir doch ehrlich, die permanenten und unterschwelligsten Manipulationen und Bemerkungen, gegen alles was ihnen nicht passt, ist ideologisch geprägt. Ich will aber selber entscheiden was für mich ausgewogen ist, dafür brauche ich kein linker Staatssender, der mir seine Ideologie aufdrücken will.

Schlussendlich und zum Glück liegt ja auch keine kostenpflichtige Staatszeitung in meinem Briefkasten. Ohne ein Ja wird sich bei der SRG und in Leutschenbach nichts bewegen. Geben wir also der SRG die Chance und lassen mehr Medien- und Meinungsvielfalt zu und stimmen am 4. März Ja zu «No-Billag».

Willi Knecht, SVP-Kantonsrat, Geiss

Nein zu unnötigen Staatseingriffen

Am 4. März stimmen wir über eine Initiative ab, deren Forderungen ziemlich viel Ratlosigkeit zurücklassen. Worum geht es? Die Initiative «Zahlbares Wohnen für alle» verlangt, dass kantonale Liegenschaften nur noch an Gemeinden oder gemeinnützige Bauträger verkauft und den Gemeinden ein Vorkaufsrecht eingeräumt werden soll.

Jetzt könnte man meinen, dass der Kanton vielleicht ein paar hundert Grundstücke hat, die dafür in Frage kommen. Fakt ist aber, dass der Kanton Luzern exakt über drei (!) bebaubare Grundstücke verfügt, die für den gemeinnützigen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden können. Eines davon befindet sich in Ebikon, wo bereits 50 Prozent des Grundstückes für den gemeinnützigen Wohnungsbau reserviert ist (konkret handelt es sich um 130 Wohnungen).

Ein zweites Grundstück befindet sich in Emmen. Auch hier ist ein Anteil für den gemeinnützigen Wohnungsbau reserviert. Bei der dritten Parzelle im Besitze des Kantons handelt es sich um ein kleines Grundstück in Reussbühl. Das ist bereits alles! Dafür braucht es die Initiative nicht – und auch deshalb nicht, weil der Kanton jedes Jahr 11 Millionen Franken für die Anliegen der Initianten in einen Fonds legen müsste. Wie die Umsetzung der Initiative bei leeren Kantonskassen geschehen soll, darüber schweigen die Initianten. Statt zu schweigen braucht es eine deutliche Antwort: Nämlich ein klares Nein zu unnötigen Staatseingriffen und hohen Kosten für die Allgemeinheit.

Helen Schurtenberger,
FDP-Kantonsrätin, Menznau